

10 Jahre Atomkatastrophe von Fukushima: Die Katastrophe dauert an – Atomausstieg auch in Bayern schneller umsetzen

Vor zehn Jahren bebte 160 Kilometer vor Japans Ostküste für zwei Minuten die Erde. Wenig später erreichten riesige Flutwellen das Land. Neben anderen schrecklichen Verwüstungen, die viel menschliches Leid verursachten, führte der Tsunami zum Super-Gau im Atomkraftwerk (AKW) Fukushima. Dieser vertrieb zehntausende Menschen aus ihrer Heimat und verstrahlte weite Gebiete. Ein Ende der Folgen der Reaktorkatastrophe vom 11. März 2011 ist bis heute nicht absehbar. In Bayern sollen bis Ende nächsten Jahres Atomkraftwerke laufen, das ist angesichts der Risiken und der weiterhin ungelösten Atommülllagerfrage nicht zu verantworten. Der BUND Naturschutz in Bayern (BN) und seine japanische Partnerorganisation Friends of the Earth Japan (FoE Japan) fordern eine vollumfängliche Entschädigung der Opfer, den sofortigen Atomausstieg und hundert Prozent erneuerbare Energien weltweit.

Richard Mergner, BN-Landesvorsitzender: „Zehn Jahre Reaktorkatastrophe in Fukushima, 35 Jahre in Tschernobyl und viele zerstörte Menschenleben und Lebensräume mahnen, dass Atomkraftwerke unberechenbar sind. Die letzten beiden in Bayern laufenden Atomkraftwerke Gundremmingen C und Isar 2 stellen weiterhin Sicherheitsrisiken dar und müssen daher ohne schuldhaftes Zögern abgeschaltet werden. Die Bedrohung für Mensch und Natur bleibt selbst bei abgeschalteten AKW. Denn die Jahrtausendaufgabe des Umgangs mit dem Atommüll wird auf nachfolgende Generationen abgewälzt. In der Bundesrepublik hat die Suche nach einem Endlager für hochradioaktive Abfälle gerade erst begonnen und die bayerische Staatsregierung versucht sich aus der Verantwortung zu stehlen.“

Die japanische Regierung strebt zwar weiterhin eine Renaissance der Atomenergie an. Dennoch sind, nicht zuletzt aufgrund des gesellschaftlichen Widerstands, bislang erst neun Reaktoren wieder genehmigt und davon lediglich vier in Betrieb. Vor der Katastrophe von Fukushima waren es 54 Reaktoren. Friends of the Earth Japan versucht mit lokalen Initiativen und in breiten Bündnissen das Hochfahren weiterer Reaktoren zu verhindern.

Akiko Yoshida, FoE Japan: „Wir fordern die japanische Regierung auf, endlich vollumfänglich den Schaden anzuerkennen, alle Opfer des Atomunfalls

Landesfachgeschäftsstelle

Bauernfeindstr. 23

90471 Nürnberg

Tel. 0911/81 87 8-0

Fax 0911/86 95 68

lfg@bund-naturschutz.de

www.bund-naturschutz.de

Nürnberg/Tokyo, 09.03.2021

PM 019-21/LFG

Energie/Atomkraft

vollständig zu entschädigen und Richtlinien für einen echten Wiederaufbau transparent umzusetzen, um das Leben und die Würde der Opfer wiederherzustellen. Die Katastrophe dauert an und viele Probleme, wie die Lagerung des kontaminierten Kühlwassers, sind weiterhin ungelöst. Wir fordern transparente Beteiligungsprozesse und einen offenen demokratischen Prozess, öffentliche Anhörungen und Diskussionen. Ein solcher Atomunfall darf sich nirgendwo wiederholen.“

Prof. Dr. Hubert Weiger, BUND- und BN-Ehrenvorsitzender: „Zehn Jahre nach Fukushima versucht die Atomlobby wieder, Atomkraft als Wundermittel gegen die Klimakrise zu verkaufen. Hierbei versucht die Atomlobby besonders bei der jüngeren Generation zu fischen, denen die verheerenden Reaktorkatastrophen nicht mehr so präsent sind. Das Märchen, dass Atomkraft das Klima schützt, muss endlich demaskiert werden. Für einen Atomausstieg benötigt es die Kraft der Zivilgesellschaft und den Einsatz für die Demokratie. Der Atomausstieg in Deutschland ist ein Ergebnis von konsequentem jahrzehntelangem zivilgesellschaftlichem Widerstand, der unabhängig von der aktuellen Haltung der Regierungen zu Atomkraft durchgehalten wurde. Trotz des Beschlusses der damaligen Bundesregierung zur Laufzeitverlängerung der Atomkraftwerke sind die größten Proteste der Anti-Atomkraftbewegung entstanden. Die einzige klimaschonende Energiegewinnung ist die aus Erneuerbaren und deshalb fordern wir gemeinsam hundert Prozent erneuerbare Energien weltweit.“

Für Rückfragen

Martin Geilhufe, BN-Landesbeauftragter

Telefon 0172/7954607 / E-Mail martin.geilhufe@bund-naturschutz.de

Landesfachgeschäftsstelle

Bauernfeindstr. 23

90471 Nürnberg

Tel. 0911/81 87 8-0

Fax 0911/86 95 68

lfg@bund-naturschutz.de

www.bund-naturschutz.de

Nürnberg/Tokyo, 09.03.2021

PM 019-21/LFG

Energie/Atomkraft